

Antragsstau im Kreishaus

Eltern müssen teilweise fünf Monate auf Auszahlung von Elterngeld warten / Rückstand auch in anderen Abteilungen

Von Sebastian Knoppik

Kreis Hildesheim. Die junge Frau aus dem Nordkreis ist wütend und verzweifelt. Mitte September hat sie einen Antrag auf Elterngeld gestellt. Nun soll sie bis Januar auf eine Bearbeitung warten – und damit auch auf die Auszahlung des Gelds. „Wir müssen ab Oktober von einem Gehalt leben“, sagt die 26-Jährige. Die schleppende Bearbeitung des Antrags bringt die junge Familie in existenzielle Schwierigkeiten, zumal ihr Mann auch noch in Kurzarbeit geschickt wurde und die beiden ein Haus abbezahlen müssen. „Man vergießt manch eine Träne, weil man Angst hat, dass man alles verliert“, sagt die 26-Jährige, die ihren Namen lieber nicht in der Zeitung lesen will.

Und es handelt sich nicht um einen Einzelfall. Aktuell liegen 550 Anträge zur Bearbeitung in der Elterngeldstelle vor, die abgearbeitet werden müssen, wie Kreissprecherin Birgit Wilken berichtet. „In der Regel werden bis auf ganz wenige Ausnahmen jetzt die ab Mitte Juni 2020 eingegangenen Anträge bearbeitet.“

Eine Freundin der 26-Jährigen aus dem Nordkreis, ebenfalls junge Mutter, wartet schon seit zehn Wochen auf die Bearbeitung ihres Elterngeldantrags – und hat nun die Auskunft bekommen, dass es noch zehn weitere Wochen dauern werde. Also insgesamt rund fünf Monate. Die genannten Bearbeitungszeiten sind laut Kreissprecherin Wilken plausibel. Durchschnittliche Bearbeitungszeiten nennt sie auf Anfrage nicht.

Doch die Elterngeldstelle ist längst nicht die einzige Abteilung im Kreishaus, die derzeit bei der Bearbeitung von Anträgen nicht hinterherkommt. Im Schulamt etwa sind noch 181 der 883 insgesamt bislang in diesem Jahr eingegangenen Anträge nicht bearbeitet worden. Mehr als zwei Monate dauerte hier teilweise die Bearbeitung.

„Ähnlich stark betroffen ist das Bauordnungsamt“, berichtet Wilken. Dort konzentrieren sich die Mitarbeiter derzeit auf die Bearbeitung von Anträgen, so Wilken. Einen Rückstand gebe es dort nicht. „Dies geht jedoch zu Lasten von Beratungsleistungen und telefonischer Erreichbarkeit, welche derzeit stark eingeschränkt sind und wiederholt zu Beschwerden geführt haben“, berichtet die Kreissprecherin.

In der Abteilung für Denkmalpflege arbeitet derzeit lediglich eine Fachkraft halbtags. Sie ist für sämtliche Denkmalschutzangelegenheiten im Landkreis zuständig – und entsprechend überfordert. Bevorzugt bearbeitet wird derzeit die Beteiligung bei Bauleitplanverfahren.

181

der insgesamt 883 bislang in diesem Jahr im Schulamt eingegangenen **Anträge** sind noch nicht bearbeitet worden.

Wenn also die Denkmalpflege angefragt wird, ob bei einem Bauvorhaben archäologische Funde zu erwarten und entsprechend Grabungen erforderlich sind. Außerdem werden die Anträge priorisiert. Vorrang hat alles, was entweder Kulturdenkmäler von besonderer Bedeutung betrifft oder Anträge mit „Schlüsselfunktion für mehrere Gebäude oder einen ganzen Straßenzug“, so Wilken: „Anfragen zum Beispiel zu Umbauten an Einzelgebäuden können nur mit großer Verzögerung bearbeitet werden.“

Einen Stau gibt es auch bei der Wohnraumförderung und der Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen. Die Rückstände in diesem Bereich werden laut Landkreis bis Ende des Jahres abgearbeitet sein. Voraussetzung dafür sei jedoch die Besetzung derzeit noch offener Stellen. Auch die Möglichkeit zur Akteneinsicht in der Registratur des Kreishauses ist derzeit stark eingeschränkt. „Kurzfristige Termine sind nicht möglich“, sagt Wilken.

Und was ist die Ursache für all diese Rückstände? Kreissprecherin Wilken nennt verschiedene Gründe. So sei die Bearbeitung von Elterngeldanträgen deutlich komplexer geworden. Außerdem sei die Zahl der Anträge angestiegen. Auch gebe es Auswirkungen der Corona-Krise, etwa die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld und vermehrte Nachfragen. Im Schulamt wiederum sei eine neue Software eingeführt worden, die nicht fehlerfrei funktioniere. Auch muss das Schulamt die Umstellung von Papierfahrkarten bewältigen.

Wesentlicher Grund in allen Bereichen ist aber der Personalmangel in der Kreisverwaltung. Viele Stellen sind unbesetzt, etliche Mitarbeiter wegen Krankheit länger abwesend. „Hier handelt es sich um ein strukturelles Problem, für das kurz-

fristig keine wirkliche Lösung zu erwarten ist“, so Wilken. Für die Tätigkeit im öffentlichen Dienst fänden sich einfach nicht hinreichend Bewerber, die den fachlichen Anforderungen der anspruchsvollen Tätigkeit auch gewachsen seien. „Insofern ist die Rekrutierung zusätzlichen Personals keine schnelle Lösung und die Verschiebung von Personal innerhalb der Verwaltung verlagert auch nur das Problem.“

Im Schulamt wurden trotzdem Kollegen aus anderen Abteilungen sowie Lehrlinge eingesetzt. Im Bauamt und in der Elterngeldstelle wurde die Erreichbarkeit eingeschränkt, damit sich die Mitarbeiter auf die Erledigung der Anträge konzentrieren können. Eine schnelle Lösung speziell für die Elterngeld-Antragssteller sieht Wilken aber nicht. „Es werde, etwas Zeit benötigen, bis hierdurch dauerhaft eine positive Wirkung eintritt“, sagt Wilken.

Die junge Mutter aus dem Nordkreis braucht aber jetzt ihr Geld. Auch zur Kreispolitik sind die Probleme in der Verwaltung schon vorgegedrungen. Die Fraktion der Unabhängigen hat inzwischen eine Anfrage zu dem Thema an die Kreisverwaltung gestellt. „Ich halte es für erforderlich, dass über solche Anträge tatsächlich zügig entschieden wird, um finanzielle Notsituationen zu vermeiden“, sagt Fraktionschef Josef Stuke.

Am Dienstag entschied der Landkreis dann, dass bei bekannten und begründeten Härtefällen kurzfristig Abschlagszahlungen erteilt werden sollen, „um soziale Notlagen zu entschärfen“. Mit diesem Ziel hatte sich auch die 26-Jährige an den Landkreis gewandt. Sie wurde gebeten, eine E-Mail mit ihrem Anliegen zu schreiben. Bis die bearbeitet werde, könne es aber bis zu vier Wochen dauern.

KOMMENTAR

Nicht zu vermitteln



Von Sebastian Knoppik

Die Kreisverwaltung nennt viele Gründe, warum Anträge nur mit deutlicher Verzögerung bearbeitet werden können. Die sind auch alle nachvollziehbar. Und doch ist dieser

Zustand nicht hinnehmbar. Viele Branchen und insbesondere der öffentliche Dienst leiden unter dem Fachkräftemangel. Das darf aber nicht dazu führen, dass eine Verwaltung in mehreren Bereichen kaum noch handlungsfähig ist. Wenn es allein einen Monat dauern kann, bis eine E-Mail beantwortet wird, läuft etwas gewaltig schief. Im Jahr 2020 ist das, Corona hin oder her, niemandem zu vermitteln. Landrat Olaf Levonen muss jetzt schnell geeignete Wege finden, um die Situation zumindest ein bisschen zu verbessern.